

Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede 2014

Sehr geehrter Herr Landrat,
Sehr geehrte Damen und Herren,

als Sie, Herr Landrat, am 10. Oktober den Haushalt 2014 im Kreistag einbrachten und den Plan verteilen ließen, habe ich mich gewundert, warum ausgerechnet in einem Jahr, in dem die Steuereinnahmen sprudeln, der Kreishaushalt eine graue Farbe hat, dass er in einem grauen Umschlag gebunden ist.

Bei einer ersten Durchsicht ist mir dann aufgefallen, dass es offensichtlich die Gemütslage war, die bei der Aufstellung dieses Haushaltes 2014 den Kreiskämmerer und seine Mitarbeiter bewogen haben, dem Haushalt diese graue Farbe zu geben.

In einer Zeit sprudelnder Einnahmen,

in einer Zeit mit höchsten Einnahmen aus der Kreisumlage, müssen wir uns mit einer Kreisumlageerhöhung beschäftigen.

In einer Zeit, in der der Bund die Grundsicherung übernimmt und damit mit rund 5,5 Mio. EUR zur Entlastung des Sozialtats beiträgt, explodiert dieser Sozialetat weiter und ist mit 87,7 Mio. EUR brutto bzw. 51,3 Mio. netto der höchste Sozialetat im Landkreis Tuttlingen.

In einer Zeit, in der andere Landkreise die Kreisumlage senken, wollen Sie die Gemeinden um 1,258 Mio. EUR mehr belasten, wenn es nach der Ankündigung der FWV ginge, sind es rund 1.678.000 EUR mehr.

In einer Zeit, in der Bürokratieabbau angesagt ist, werden beim Landratsamt Tuttlingen Stellen vermehrt. Dass dies die Gemütslage beeinflusst, ist nachvollziehbar.

Der Landkreis hat sich seit der Gründung in den vergangenen rund 40 Jahren, überaus positiv entwickelt. Das Hauptaugenmerk lag auf der Entwicklung der Infrastruktur, die Bereitstellung von notwendigen Bildungseinrichtungen, die Grundlage für eine gute, wirtschaftliche Entwicklung war - und so muss es bleiben.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben zu dieser überaus positiven Entwicklung beigetragen. Nach dem „Pogno-Gutachten“ belegt der Landkreis Platz 67 bei der Zukunftsstudie und bestätigt die in der Vergangenheit bereits guten Platzierungen bei den jeweiligen Zukunftsstatistiken.

Es ist unser Ziel, weiterhin an der Spitze mitzumachen und den Landkreis und die Gemeinden weiter zu entwickeln. Damit wir Spitze bleiben, müssen wir die Zeichen richtig setzen. Die CDU-Kreistagsfraktion hat bereits vor 2 Jahren ein Kreisentwicklungskonzept gefordert. Auf der Ebene der Region ist bereits ein Regionales Entwicklungskonzept erstellt worden. Darauf lässt sich aufbauen. Wir sollten und dürfen uns nie zurücklehnen, sondern mit einem Kreisentwicklungskonzept nach neuen Zukunftschancen und einer Weiterentwicklung unseres schönen Landkreises suchen. Wir sollten an den Themen dran bleiben und bitten die Verwaltung um dieses Konzept.

Alle Parteien fordern sowohl in Stuttgart wie in Berlin, dass verstärkt in Bildung investiert werden soll.

Wir haben im Landkreis Tuttlingen unseren Teil dazu beigetragen.

Wir haben sozusagen die Hardware für das Berufsschulwesen im Kreis Tuttlingen gestellt. Es ist Aufgabe des Landes, auch die Software – sprich die notwendigen qualifizierten Lehrer – bereit zu stellen, um für unsere Kinder und Jugendlichen optimale Ausbildungschancen zu schaffen.

Die CDU-Kreistagsfraktion hat zum Thema „Lehrerversorgung“ eine Podiumsdiskussion veranstaltet, dort wurde übereinstimmend die Befürchtung geäußert, dass das berufliche Bildungswesen bei der derzeitigen Bildungspolitik unter die Räder kommt.

In unserer Erwin-Teufel-Schule wird pädagogisch wertvolle Arbeit geleistet. Bedauerlicherweise kommt diese Schule auf Grund von Handwerker- und Architektenfehlern in die Schlagzeilen. Ziel muss es sein, die aufgetretenen Mängel zeitnah zu beseitigen.

In den Schulen ist das Thema „Inklusion“ aktuell. Wir sind mit dem Städtetag der Auffassung, dass das Land möglichst bald seiner Verpflichtung nachkommen muss und die notwendigen Rahmenbedingungen schafft, um Planungssicherheit für die Schulträger zu erzielen und auch die notwendige finanzielle Ausstattung zu regeln.

In einem Antrag haben wir die Landkreisverwaltung gebeten, einen Nahverkehrsplan vorzulegen, weil wir den öffentlichen Personennahverkehr weiter entwickeln müssen. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung unseres Vorzeigeprojekts „Ringzug“. Wir konnten der Presse entnehmen, dass angrenzende Landkreise an einem übergreifenden ÖPNV interessiert sind. Wir dürfen hier keine Zeit verlieren, um möglichst bald gemeinsam mit den Gemeinden einen Personennahverkehr schaffen, der nicht an den Kreisgrenzen Halt macht.

Ich darf nun auf einige Problemfelder des Haushaltes eingehen.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrter Herr Mager,

in den Reden der Fraktionsvorsitzenden wird jedes Jahr die Höhe des Sozialhaushalts beklagt. Jeder weiß, dass mit der Ausweitung der Sozialausgaben unser Handlungsspielraum geringer wird. Verwaltung und Kreistag müssen sich noch konkreter mit diesem Thema auseinander zu setzen. Im vergangenen Jahr hat die CDU-Kreistagsfraktion eine Sozialstrategie angeregt. Zwischenzeitlich fand eine Bestandsaufnahme statt. Wir hörten, dass wir nicht schlecht da stehen. Aber können uns solche Aussagen ausreichen? Was können wir in Zukunft tun?

Wir müssen überlegen, wo wir Standards abbauen. Wir müssen Maßnahmen überlegen, um den Sozialhaushalt zu entlasten. Zur Sozialstrategie gehört auch, dass wir Forderungen an Bund und Land formulieren, um Kosten einzusparen. Erfreulicherweise hat der Bund die Grundsicherung jetzt voll übernommen. Es wurde eine Unterstützung bei der Eingliederungshilfe in Aussicht gestellt; vom Land fordern wir eine bessere Unterstützung bei der Unterbringung der Asylbewerber. Wir haben natürlich gesetzliche Aufgaben zu erfüllen. Dennoch oder gerade deswegen müssen wir ausloten, wo unser Ermessensspielraum ist, um diesen auszunutzen.

Ungeachtet dessen wissen wir, dass unsere Bevölkerung älter wird. Hier kommt eine große gesellschaftliche Aufgabe auf Landkreis und Gemeinden zu. Ich meine, diesen Fragen müssen wir uns stellen. Es sind oft Kleinigkeiten, die es ermöglichen, das Leben älterer Menschen angenehmer zu gestalten. Hier hat die CDU-Kreistagsfraktion zusammen mit dem Kreissenioerenrat und der Senioren-Union Vorschläge erarbeitet. Wie fast bei jeder gesellschaftlichen Herausforderung sitzen Landkreis und Gemeinden in einem Boot.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrter Herr Fricker,
sehr geehrter Herr Döring,

das Klinikum liegt uns besonders am Herzen.

Zum Einen, weil die Bevölkerung unseres Landkreises hier stationäre Gesundheitsfürsorge erfährt. Zum Anderen ist es Weiterbildungsstätte für Ärzte, die sich in unseren Gemeinden niederlassen und damit die ärztliche Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger sicherstellen könnten. Die Bildung des MVZ in Trossingen wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich begrüßt.

Am 18. April dieses Jahres haben wir auf Vorschlag der Verwaltung die Umstrukturierung unseres Klinikwesens, auf der Grundlage des Solidaris Gutachtens, beschlossen. Ziel war es, die Patientenversorgung und die Wirtschaftlichkeit zu verbessern-

Solidaris hat uns vorgerechnet, dass im ersten Jahr nach Umsetzung des Gutachtens mit 1,5 Mio., im zweiten Jahr rund 1 Mio., im 3. Jahr 400.000 EUR ein positives Ergebnis erzielt werden kann.

Mit der Umstrukturierung haben wir dem Personal einiges abverlangt. Der Personalrat des Gesundheitszentrums Spaichingen sah diese Neustrukturierung skeptisch. Auch bei den Patienten müssen wir noch viel Aufklärungsarbeit leisten, damit diese Beschlüsse akzeptiert werden.

Nach dem jetzt vorliegenden Finanzplan, benötigen wir öffentliche Zuweisungen im Jahr 2014 ca. 1,5 Mio. EUR, im Jahr 2015 rund 1 Mio. EUR; 2016 rund 900.000 EUR und 2017 rund 900.000 EUR. Dies ist eine wesentliche Abweichung vom Solidaris-Gutachten.

Die angekündigte Entlastung spiegelt sich im Finanzplan nicht wieder. Sollten sich die Zahlen der Finanzplanung als richtig erweisen, sind hinter unseren Erwartungen Fragezeichen zu setzen!

Wir haben eine Lenkungsgruppe eingesetzt. Ich meine, die Verwaltung muss uns so schnell wie möglich eine Zwischenbilanz auf den Tisch legen. Liegen die Differenzen im Solidaris-Gutachten? Weil diese vielleicht von günstigeren Annahmen ausgegangen sind? Liegen sie in den Zahlen der Klinikverwaltung, weil diese Luftpolster in den Haushalt eingebaut hat oder liegt es an beidem?

Wir bitten Sie dringend, in der nächsten Sitzungsrunde belastbare Zahlen und auch ein Soll-Ist-Vergleich vorzulegen, die auch belastbar in den kommenden Jahren die Grundlagen für die weitere Finanzplanung sind. Wir müssen Transparenz herstellen, um rechtzeitig die richtigen Weichen zu stellen.

Wir haben im April darum gebeten, zu prüfen wie wir das Know-How unserer weltweit führenden Medizinunternehmen nutzen können. Erklären Sie uns, wie das Wissen der Medizinunternehmen beim Umstrukturierungsprozess mit eingebunden worden ist bzw. noch werden soll. Wir sollten uns diese einmalige Chance nicht vergeben.

Sehr geehrter Herr Landrat,
Sehr geehrter Herr Bernhard,

nach dem Stellenplan, werden 5,61 Personalstellen abgebaut.

Wenn man diese Zahl aber einmal hinterfragt, stellen wir fest, dass in diesem Jahr einige Stellen gegenüber 2013 aufgebaut werden. 6,5 Stellen werden nur vom Landratsamt in den Klinikhaushalt geschoben. 3 Stellen fallen bei der Vermessungsverwaltung weg, weil Aufgaben wegfallen; das heißt, auch Einnahmen einbrechen. Personalstellen sind auf Dauer angelegt, belasten den Haushalt langfristig und dauernd. Aus diesem Grunde muss man gründlich überlegen, ob und in welchem Umfang Personalstellen geschaffen werden. In diesem Jahr kosten neue Stellen laut Haushaltsplan 455.000 EUR.

Man hat den Eindruck, dass wir zwar von Bürokratieabbau reden, tatsächlich aber Bürokratie aufbauen. Diesen Eindruck kann man insbesondere im Bereich der staatlichen Verwaltung gewinnen. Es ist unsere Aufgabe, Bürokratie zurückzudrängen und das Land aufzufordern: Dort wo Bürokratie aufgebaut wird, zumindest das notwendige Geld zur Verfügung zu stellen. Wir können uns auch nicht erklären, dass beim Vermessungsamt die Einnahmen um 38 % wegen Wegfall von Aufgaben einbrechen, die Personalausgaben aber nur um 2,5 % sinken.

Zitat Landkreistag, Städtetag und Gemeindetag: „Die Aufgabe des öffentlichen Dienstes ist es, dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger zu dienen und nicht, sich zunehmend mit sich selbst zu beschäftigen.“

Herr Landrat, ich darf Sie aus einer früheren Haushaltsrede zitieren:

„Sparen tut weh, Einschnitte schmerzen, wenn Sie dies nicht tun, dann sind es keine.“

Sehr geehrter Herr Landrat,

ich bitte um Verständnis, dass ich zum Thema „Kreisumlage“ etwas weiter aushole, weil von den Gemeinden und deren Bürger immer mehr abverlangt wird.

Sie begründen in Ihrer Haushaltsrede die Anhebung der Kreisumlage um 0,75 Punkte auf 35,10 Punkte mit der Aufgabenerfüllung und mit der Verschuldung.

Ein erfahrener Wanderführer des Schwäbischen Albvereins hat mir einmal den Rat gegeben, dass man bei einer Wanderung immer die Schwächeren im Auge behalten und diese mitnehmen muss. Das heißt, diese dürfen nicht überfordert werden, wenn die gesamte Gruppe ans Ziel kommen will.

Ein exzellenter Rat und Apell war kürzlich in der Zeitschrift „Focus“ zu lesen:

„Für erfolgreiche Politik existiert ein simples Rezept: „Lasst möglichst viel Geld bei den Kommunen, Familien, Vereinen und bei von Inhabern geführten Unternehmen!“ Deshalb lassen Sie so viel wie möglich den Städten und Gemeinden.

Herr Kollege Haug, Sie haben letztes Jahr behauptet: „Die Haushalts- und Finanzsituation der Gemeinden habe sich 2012 deutlich verbessert und dies wird 2013 weitergehen.“ Fakt ist aber, dass viele Gemeinden erheblich über dem Landesdurchschnitt verschuldet sind. Nach dem wir heute im Donautal tagen, darf ich als Beispiel die Gemeinden des Gemeindeverwaltungsverbandes Donau-Heuberg nennen:

Bärenthal	1.423 EUR/EW	Kolbingen	1.593 EUR/EW
Buchheim	1.373 EUR/EW	Mühlheim	852 EUR/EW
Fridingen	1.324 EUR/EW	Renquishausen	1.454 EUR/EW

Der Landesdurchschnitt liegt bei Gemeinden dieser Größenklasse bei 400-610 EUR/EW.

Die Verschuldung liegt somit teilweise um mehr als 100% über dem Landesdurchschnitt. Nach meinem Wissen können mindestens zwei Gemeinden im Landkreis, 2014 ihren Verwaltungshaushalt nicht ausgleichen.

Ich kann nur jedem Kreisrat empfehlen, sich über die Finanzsituation der Gemeinde kundig zu machen. Sie müssen den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass eine Kreislagenerhöhung zumutbar ist.

Zum Vergleich liegt die Verschuldung des Landkreises bei 283 EUR/Einwohner und damit leicht unter dem Landesdurchschnitt von 292 EUR/Einwohner. Der Landkreis steht im Verhältnis zu vielen Gemeinden gut da.

Der Landkreis entschuldet sich zu Lasten der Gemeinden.

Mit diesem Hinweis möchte ich die Verschuldung des Landkreises Tuttlingen nicht kleinreden. Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viel, insbesondere in Bildung und Krankenhauswesen, investiert und das schlägt sich in der Verschuldung nieder. Dazu stehen wir.

Eine Kreisumlageerhöhung ist eine Steuererhöhung. Dies möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Kosten, die vom Landkreis auf die Gemeinden abgewälzt werden, müssen an die Bürger weitergegeben werden. Das bedeutet Steuererhöhung und Abgabenerhöhung. Z. B. Grundsteuer, Gewerbesteuer, Kindergartenbeiträge, Halblangebühren, Bestattungsgebühren usw. Für mich nicht nachvollziehbar ist, dass die FDP in Bund und Land predigt, keiner Steuererhöhungen zuzustimmen, während Sie hier im Landkreis eine andere Sprache spricht.

Herr Landrat, mit dem vorgeschlagenen Kreisumlagehebesatz liegen wir über dem Landesdurchschnitt. Dieser lag 2013 bei 33,12 Punkten, im Landkreis Tuttlingen bei 34,35 Punkten. Für das Jahr 2014 haben bereits mehrere Landkreise angekündigt, die Kreisumlage senken zu wollen, während in Tuttlingen der Umlagesatz erhöht werden soll.

Überhaupt nicht nachvollziehbar wäre der angekündigte Antrag der Fraktion der Freien Wählervereinigung, die im „vorausseilenden Gehorsam“ einen Toppzuschlag von den Gemeinden fordert.

Ich darf aus Haushaltsreden von Ihnen, Herr Landrat, als Vorsitzenden der Freien Wählervereinigung zitieren:

Zum Haushalt 2010: „Die meisten Gemeinden im Kreis sind nicht in der Lage, ihre laufenden Verpflichtungen aus eigener Kraft zu erwirtschaften, sondern leben – soweit vorhanden – von ihrer Substanz.“

Haushaltsrede der FWV 2011: „Wir sprechen uns dennoch dafür aus, auch die Kreisgemeinden durch eine entsprechend niedrige Kreisumlage stärker als geplant an diesem guten Ergebnis zu beteiligen.“

Mit ihrem angekündigten Antrag, gingen Sie sogar noch über den Antrag der Verwaltung hinaus. Dies ist wohl einmalig im Landkreis. Gestatten Sie, dass ich die Auswirkungen am Beispiel Trossingen erläutere. Diese höhere Kreisumlage bedeutet Mehrausgaben für die Stadt Trossingen in Höhe von 120.000 EUR. Dieser Toppzuschlag bedeutet 160.000 EUR Mehrausgaben.

Herr Landrat, werte Herren Kolleginnen und Kollegen,

die dauerhafte Sanierung eines Haushaltes wird nicht über die Erhöhung der Einnahmen, sondern über Ausgabenkürzung zu erreichen sein oder, wie es uns die FWV 2011 richtigerweise vorgeschlagen hat; ich zitiere:

„Bisher war es so, dass CDU und FWV für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Landkreis und Gemeinden eingetreten sind. Im Übrigen möchten wir darauf hinweisen, dass ein deutlicher Abbau der Verschuldung nicht allein durch eine Steigerung der Einnahmen zu erreichen sein wird. Viel wichtiger ist die Zurückhaltung bei Ausgaben und bei neuen Investitionen.“

Mit der beantragten Kreisumlageerhöhung tun wir uns außerordentlich schwer. Die Begründung habe ich vorgetragen.

Ende August gab es klare Signale, dass es keine Umlageerhöhung gibt.

Im Oktober wurde uns klar gemacht, dass der Landkreis Mehreinnahmen von 1,258 Mio. € gleich 0,75 % Hebesatzanpassung benötigt und seit gestern erwartet die Verwaltung einen Kostenbeitrag von 1,743 Mio. €.

Ob und in welcher Höhe der Fehlbetrag 2013 entsteht, wissen wir nicht.

Im Haushaltszwischenbericht im Juli 2013 war von einer eventuell geringfügigen Verschlechterung im Verwaltungshaushalt von 200 000 € die Rede. Vor ca. 2 Wochen war es ein Defizit von 720 000 € und 1 Woche später waren es bereits +/- 1 Mio. €. Wegen der erfolgreichen Pflegesatzverhandlungen und der guten Auslastung müsste es beim Klinikum für 2013 noch Einnahmen von 1,3 Millionen geben.

Wir sind in die Haushaltsberatungen gegangen mit dem Ziel, der Verwaltung die beantragten Mittel in Höhe von 1,258 Mio. zuzugestehen und alle Wenigerausgaben bzw. Mehreinnahmen den Gemeinden zum atmen zu lassen. Darin enthalten auch die finanzielle Vorsorge für die anstehenden Investitionen.

Auf Antrag der CDU-Fraktion wurden Einnahmeansätze überprüft. Die Verwaltung beziffert Mehreinnahmen auf 481 000 €.

Eine leichte Senkung der Kreisumlage bzw. geringere Erhöhung ließe sich auch mittelfristig vertreten.

1. Der Landkreis wird 2015 mit großer Sicherheit wegen der Steuerkraft der Gemeinden die diesjährige Kreisumlageeinnahmen toppen.
2. Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass der Bund 2015 zu einer wesentlichen Entlastung bei der Eingliederungshilfe beitragen wird.
3. Wenn die Zahlen im Solidaris-Gutachten stimmen, müsste es eine Entlastung von ca.1 Mio. € geben.

Wenn wir einen Antrag mit einer geringeren Erhöhung stellen, ist nicht ausgeschlossen, dass danach der angekündigte Antrag der Freien Wähler auf Erhöhung von 1,0 Punkten durchgehen wird. Dies wäre für die Gemeinden ein fatales Signal.

Ein Schwerpunkt der zukünftigen Aufgaben liegt in der Gesundheitsversorgung unserer Bürger und insbesondere im Klinikum. Aufgrund dieses Schwerpunktes und der Solidarität zwischen den Gemeinden und dem Kreis, bei gleichzeitigem Werterhalt von Liegenschaften und Straßen und Blick auf den Schuldenstand, werden wir eine Erhöhung der Kreisumlage um 0,75 % schweren Herzens mittragen.

Wenn es dem Kreistag aber Ernst ist mit dem Hinweis, dass Mittel für Investitionen zur Verfügung stehen müssen, wenn es uns wichtig ist, dass zusätzliche Mittel nicht im Haushalt versickern, müssten wir uns darauf einigen, dass alle Mehreinnahmen abzüglich der ordentlichen Tilgung einer Sonderrücklage für Investitionen zugeführt werden.

Diesen Vorschlag erhebe ich hiermit zum Antrag.

Sehr geehrter Herr Landrat,

ich möchte die Gelegenheit nutzen Danke zu sagen für die gemeinsame Arbeit.

Ich bedanke mich bei Ihnen recht herzlich für die frühzeitige Aufstellung dieses Kreishaushaltes. Sie haben bereits angedeutet, dass dies sehr schwierig war. Ich möchte mich vor allen Dingen auch für die Information und die Offenheit bedanken. Ich möchte mich bei Ihnen, Herr Kreiskämmerer Bernhard, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, dass Sie dieses umfangreiche Zahlenwerk vorgelegt haben. Ich wünsche Ihnen, dass Sie im kommenden Jahr, einen Haushalt vorlegen, der uns mehr Freude bereitet.

Herr Helbig, Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken wir uns für Ihr Engagement bei der Umsetzung der staatlichen Aufgaben. Ich weiß, dass Sie oft nicht glücklich sind, wenn Aufgaben von oben nach unten delegiert werden und Personal nicht mitgegeben wird. Ich wünsche Ihnen hier die notwendige Ausdauer, das Land davon zu überzeugen.

Unser Respekt gilt Ihnen, Herr Mager, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir sehen am Haushalt, dass sie über den größten Ausgabeanteil verfügen. Es ist nicht immer einfach, hier die richtigen Entscheidungen zu finden. Lobend erwähnen wir die von Ihnen initiierten Projekte wie z. B. „Jukop“.

Ihnen, Herr Guse, und Ihrer Mannschaft, danken wir. Sie werden nach der neuen Aufgabenverteilung mehr Kompetenz, mehr Personalverantwortung und auch mehr Verantwortung gegenüber dem Kreistag erhalten. Wir bieten unsere Zusammenarbeit an.

Bedanken möchte ich mich bei Ihnen, Herr Seute, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie scheiden zum Jahresende aus. Es war sicherlich nicht immer einfach, die Probleme, insbesondere bei den Baustellen des Landkreises, plausibel dem Kreistag zu erläutern. Ich wünsche Ihnen in Ihrem wohl verdienten Ruhestand alles Gute, vor allen Dingen Gesundheit.

Ihnen, Frau Dorsch, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, gilt unser Dank. Sie haben die nicht ganz einfache Aufgabe, ein Konzept für eine Leader-Kulisse zu erarbeiten und das Land davon zu überzeugen, dass gerade Ihr Konzept in die Förderung aufgenommen werden soll. Ich wünsche Ihnen, dass diese umfangreiche Arbeit letztlich nicht für die Katz ist.

Die Umstrukturierung verlangt von Ihnen, Herr Fricker und Herr Döring, dem ärztlichen Dienst, dem Pflegepersonal und den übrigen im Krankenhaus Beschäftigten, zusätzliches Engagement. Wir möchten uns deshalb bei Ihnen für die Umsetzung der Beschlüsse bedanken.

Meine Damen und Herren, Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen,

darf ich danken für die gute und angenehme Zusammenarbeit. Über alle politischen Differenzen hinweg war es immer möglich, einen persönlichen Draht zu finden. Dies ist aus meiner Sicht wichtig. Ich glaube, wir müssen die anstehenden Probleme angehen und gemeinsam lösen. Nur dann wird daraus ein wahrhaft Ganzes.

Es geht um das Wohl aller Einwohnerinnen und Einwohner im Landkreis Tuttlingen.
Dies wünsche ich uns allen und wünsche Ihnen und uns allen gesegnete, friedliche
Weihnachten und ein gutes, hoffentlich erfolgreiches Jahr 2014.